

Engagement der Akademien mit modischer Attitüde verwechselt werden. Es gehört Mut dazu, sich diese zeitgenössische, für manche auch fremde Kunst ins Haus zu holen. Viele unserer Tagungsteilnehmer stört dies und sie reiben sich an ihr.

HK: *Woran läßt sich messen, ob die Arbeit einer Akademie erfolgreich ist? Gibt es so etwas wie die Gegenprobe dafür, daß sie ihrem hohen Anspruch auch wirklich gerecht wird, nämlich Begegnungsort zwischen Kirche und Welt zu sein?*

Fürst: Ihr Erfolg läßt sich wohl vor allem dort festmachen, wo es gelingt, die Akzeptanz von Institutionen zu finden, die mit Kirche zunächst gar nichts zu tun haben. Wenn wir von säkularen Einrichtungen als Kooperationspartner angefragt oder als Kooperationspartner respektiert werden, ist dies ein wichtiges Erfolgssignal. In diesem Sinne werte ich etwa die Zusammenarbeit unserer Akademie mit der renommierten

Akademie für Technikfolgenabschätzung des Landes Baden-Württemberg oder mit dem SWR, mit Einrichtungen des UNO-Flüchtlingskommissariates oder anderen kulturellen Einrichtungen von internationalem Rang. Nicht zuletzt gilt dies beispielsweise auch für die langjährige enge Kooperation mit dem Europäischen Netzwerk für Wirtschaftsethik. Zu den „Hohenheimer Tagen zum Ausländerrecht“ zum Beispiel kommen seit 15 Jahren rund 150 bis 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Parlamentarier und Ausländerbeauftragte von Bund, Ländern und Kommunen zu uns, dazu Vertreter der Regierungen, Anwälte und Richter, aber auch Sozialarbeiter etc., die mit Ausländerfragen befaßt sind. Die Publikationen dieser Veranstaltung erreichen alle, die in diesem Bereich Verantwortung tragen. In solchen Zusammenhängen wird die Akademie als Ort des Dialogs ernst genommen und gelingt Mitgestaltung in zentralen Fragen und Problemen unserer Zeit.

Kampfarena oder Zukunftswerkstatt?

Das Bündnis für Arbeit bleibt ein riskantes Vorhaben

Bundeskanzler Schröder hat das Bündnis für Arbeit das „wichtigste Regierungsvorhaben dieser Legislaturperiode“ genannt. Die rot-grüne Koalition will ihren politischen Erfolg am Abbau der verfestigten Massenarbeitslosigkeit messen lassen. Der Leiter des Frankfurter Oswald von Nell-Breuning-Instituts, Friedhelm Hengsbach, geht der Frage nach, was das Bündnis für Arbeit zu diesem Erfolg beitragen kann.

Nach der ersten Gesprächsrunde Anfang Dezember sah man einen strahlenden Kanzler sowie Verbandsvertreter, die sich die Hände reichten. Die erste Sitzung habe sich gelohnt, man werde die Gespräche fortsetzen und sie von Expertenrunden begleiten lassen, gaben die Teilnehmer zu Protokoll. Der Bundesregierung schien es gelungen zu sein, das ursprüngliche Mißtrauen der Tarifpartner in wechselseitiges Wohlwollen zu verwandeln. Man einigte sich auch auf ein paar konkrete Maßnahmen sowie auf „große Linien“ gemeinsamer Anstrengungen.

Das zweite Gespräch Ende Februar stand unter dem Schatten der Tarifabschlüsse in der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst. Zwar ist der große Konflikt vermieden worden. Aber die Arbeitgeber zeigten sich verstimmt. Trotz der Drohungen, das Bündnis zu verlassen, fehlte am Ende ein plausibler Grund, auszusteigen. So erhielt die Regierung eine Atempause. Allerdings mußte zwei Stunden darüber debattiert werden, welchen Sinn das Bündnis überhaupt habe. Das

vorrangige Interesse der Arbeitgeber blieb die Steuerentlastung, auf das die Regierung mit einer halbherzigen Zusage reagierte, während der Finanzminister die Gegenfinanzierung verlangte. Nun hielt man es schon für einen Erfolg, nicht ausgestiegen zu sein und sich wieder treffen zu wollen.

Marktwirtschaftlicher Wettbewerb setzt gesellschaftliche Kooperation voraus

Dabei ist ein freundliches Bündnisklima zwischen Arbeitgeberverbänden und rot-grüner Regierung so wichtig wie die „Seelenmassage“, mit der Ludwig Erhard früher die Unternehmer umwarb. Die Regierung muß alles daran setzen, die bockige Haltung derer, die sich für die ökonomische Elite in den Unternehmen halten, in neutralen Respekt umzuwandeln. Sonst sind die Aussichten einer wirtschaftlichen Belebung düster. Denn die gesamtwirtschaftliche Dynamik ist überwiegend das Ergebnis kollektiver Stimmungslagen, deren

Opfer und Täter die Unternehmer selbst sind. Deshalb müßte die derzeit wahrnehmbare Tendenz gedämpfter Gewinnerwartungen, nach unten revidierter Investitionspläne und eines eingetrübten Geschäftsklimas umgekehrt werden. Ein konjunktureller Einbruch, reduzierte Wachstumsraten und höhere Arbeitslosenzahlen würden für die Regierung und das Bündnis zu einer bedrohlichen „Roten Karte“.

Trotz der hohen Erwartungen, die in der Öffentlichkeit geweckt wurden, bleibt das Bündnis also ein riskantes Vorhaben. Ohne den Regierungswechsel wäre es überhaupt nicht zustande gekommen. Die Unternehmer und Arbeitgeber mußten den Schock einer rot-grünen Koalition in Bonn erst einmal verarbeiten. Die Gewerkschaften hielten sich zunächst zurück, obwohl sie im Wahlkampf über Monate hinweg ein Bündnis für Arbeit gefordert hatten. Auf keinen Fall wollten sie sich noch einmal auf Vorleistungen einlassen, denen keine Gegenleistungen der Arbeitgeber und der Regierung entsprochen hätten.

Welche Alternative hätte es zum Bündnis gegeben? Etwa jene beispiellose Konfrontation, die sich drei Jahre vorher in Streiks, Demonstrationen und Protestmärschen entladen hatte, nachdem die gesetzliche Lohnfortzahlung begrenzt, der Kündigungsschutz weiter eingeschränkt, das Rentenniveau schrittweise abgesenkt und die Zuzahlungen der Patienten erhöht worden waren. Das neue Bündnis wurde auch als Einladung begriffen, jenes destruktive „Schwarze-Peter-Spiel“ aufzugeben, nach dessen Regeln die politischen Akteure sich wechselseitig die Verantwortung für Inflation, Arbeitslosigkeit oder die gesellschaftliche Spaltung zuschoben, etwa die Bundesbank den Tarifpartnern, die Gewerkschaften den Arbeitgebern und diese der Regierung.

Das Bündnis für Arbeit ist der Einsicht entsprungen, daß der Grundsatz der Konkurrenz auf dem Markt berechtigt und nützlich sein mag, auf gesellschaftliche Einrichtungen jedoch nicht übertragbar ist. Der Markt ist eingebettet in verbindliche Regeln des menschlichen Zusammenlebens. Marktwirtschaftlicher Wettbewerb setzt gesellschaftliche Kooperation voraus. Diese bringt Ergebnisse hervor, die für alle vorteilhafter sind, als wenn jeder Teilnehmer ausschließlich seinen individuellen Nutzen verfolgen würde. So erwartet man, daß das Bündnis die außerhalb aufflackernden politischen Konflikte abzufedern hilft. Allerdings gelingt dies nur, wenn Leistungen und Gegenleistungen präzise definiert und wenn die Lasten nicht auf die Regierung oder auf ohnmächtige Dritte abgeladen werden.

Das Bündnis ist streng auf Fragen des Arbeitsmarktes beschränkt. Dieser enge Zuschnitt ist wohlbegründet. Denn wenn das gesellschaftliche Arbeitsvolumen tendenziell sinkt, ist es sinnvoll, über eine andere Verteilung der Arbeit nachzudenken, wie nämlich Jugendliche einen Arbeitsplatz fin-

den, wenn sie die Schule verlassen, anstatt arbeitslos zu werden. Die Bündnispartner haben dem Sofortprogramm der Bundesregierung, hunderttausend Arbeitsplätze für jugendliche Arbeitslose bereitzustellen, zugestimmt. Außerdem haben sie die Fragen aufgegriffen, wie sich die Überstunden abbauen lassen, wie 60jährige vorzeitig ihren Ruhestand antreten können ohne erhebliche Einkommenseinbußen zu erleiden, und wie mit der Arbeit auch die Einkommen anders verteilt werden können, indem etwa die Einführung *lohnergänzender Sozialeinkommen* für gering qualifizierte Arbeitskräfte geprüft wird. Eine Folge der arbeitsmarktbezogenen Engführung besteht allerdings darin, daß jüngere und ältere Arbeitnehmer miteinander um die knappen Arbeitsplätze konkurrieren müssen.

Verteilungskonflikte beeinträchtigen das Bündnis

Auf die Themenliste des Bündnisses, das um arbeitspolitische Fragen zentriert ist, gehört allerdings die Suche nach Wegen, wie das Wirtschaftswachstum in Deutschland beschäftigungsintensiver werden kann. Vergleichbare Länder, etwa die USA und die Niederlande haben eine erheblich niedrigere *Beschäftigungsschwelle*. Wie kann die Industrie- und Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft vermindert, die dadurch ausgelöste „Produktivitätspeitsche“ entschärft und der Rationalisierungsdruck vermindert werden? Die Beteiligung an der gesellschaftlich organisierten Arbeit und ein hoher Beschäftigungsgrad haben für demokratische Gesellschaften immerhin einen hohen normativen Rang, weil sie der Schlüssel für materiellen Wohlstand, persönliche Identität und gesellschaftliche Anerkennung sind.

Die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums hat das gleiche Gewicht wie die Verteilung der Erwerbsarbeit. Deshalb ist auch die breite *Beteiligung am neugebildeten Produktivvermögen* thematisiert worden. Offensichtlich sind betriebsbezogene Beteiligungen am neugebildeten Produktivvermögen, die Belegschaftsmitgliedern angeboten wurden, ohne daß die individuelle Wahlfreiheit angetastet wurde, bisher ohne Breitenwirkung geblieben, weil sich Arbeitsplatz- und Beteiligungsrisiken summieren. Deshalb sind tarifvertragliche Regelungen notwendig. Tariffonds könnten als (Beteiligungs-) Sondervermögen bei privaten Kapitalanlagegesellschaften eingerichtet werden und so das Kapitalrisiko streuen. Leider ist die Frage der Beteiligung am Zuwachs des Produktivvermögens bisher nicht über Absichtserklärungen hinausgekommen.

Die Tarifrunde in der Metallindustrie hat aufgedeckt, wie die Verteilungskonflikte das Bündnis beeinträchtigen. Dabei wiederholt sich seit Jahren das gleiche Szenario: Im Konjunkturaufschwung fahren die Unternehmen steigende Gewinne ein, die Belegschaften sind an die laufenden Tarife gebunden.

Wenn dann die Lohnforderungen erhoben werden, ist die konjunkturelle Wende erreicht bzw. droht der Abschwung. Deshalb sollte eine stärkere Ankopplung der Lohneinkommen an die Entwicklung der Gewinneinkommen auf die Themenliste des Bündnisses gesetzt werden. Durch das Aufstocken des ertragsabhängigen Lohnanteils auf einen ertragsunabhängigen Sockel könnte neben dem Ziel einer angemessenen Verteilung auch das Ziel einer konjunkturellen Stabilisierung erreicht werden.

Das Bündnis für Arbeit droht zu einer unverbindlichen Spielwiese zu entarten, wenn es gegen die umstrittenen reformpolitischen Vorhaben abgeschirmt wird. Es bleibt dann eine Veranstaltung der zweiten Reihe, während die Auseinandersetzungen um eine familiengerechte Steuerreform, um die 630-Mark Jobs, die Ökosteuer, den Ausstieg aus der Kernenergie und die Integration der Arbeitsmigranten zwischen den Flügeln innerhalb der SPD und den Grünen, zwischen den Koalitionspartnern sowie zwischen der Regierungskoalition und der CDU/CSU ausgefochten werden.

Die Arbeitgeber sind der Einladung zum Bündnis nur unwillig gefolgt. Seit es das neue Bündnis gibt, wird es begleitet von ihren mürrischen Kommentaren, welchen Sinn es überhaupt habe, wenn die eigene Gesprächsbereitschaft durch die aggressive Lohnpolitik der Gewerkschaften und die Steuer- und Umweltpolitik der Regierung durchkreuzt werde. In der ersten Sitzung haben die Arbeitgebervertreter durchgesetzt, daß dem „Bündnis für Arbeit und Ausbildung“ der Titel: „Wettbewerbsfähigkeit“ angehängt wurde.

Die zweite Sitzung nutzten die Arbeitgeber zu einer massiven *steuerpolitischen Offensive* und trotzten der Regierung die Überprüfung des Steuerentlastungsgesetzes ab. Gleichzeitig wurde außerhalb des Bündnisses ein beispielloses Drohpotential gegen die Steuerpläne der rot-grünen Koalition mobilisiert. Energie- und Versicherungskonzerne zogen die „Abwanderungskarte“, falls das Steuerentlastungsgesetz unverändert beschlossen würde. Der Wirtschaftsstandort Deutschland sei extrem gefährdet, es müsse mit einer massiven Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten ins Ausland gerechnet werden. 22 führende Manager schrieben dem Bundeskanzler einen Brief, der von ähnlich lautenden Interventionen der Ministerpräsidenten Bayerns, Baden-Württembergs und Sachsens flankiert war, er möge sich dafür einsetzen, daß die geplante Steuerreform zugunsten einer Entlastung der Unternehmen umgeschrieben würde.

Soll man den Arbeitgebervertretern vorwerfen, daß sie das Bündnis zu einer wirtschaftspolitischen Arena umfunktionieren, um die eigenen Interessen gegen rot-grüne Reformprojekte zur Geltung zu bringen? Ist es verwerflich, die inneren Erosionslinien zwischen den Grünen und der SPD, innerhalb der SPD und zwischen Bundeskanzleramt und Finanzministerium im eigenen Interesse auszunutzen? Haben die Ge-

werkschaften vor drei Jahren nicht ähnlich ihre Mitglieder mobilisiert und könnten sie das gleiche Recht nicht für sich in Anspruch nehmen? Immerhin hat das Ausmaß überrascht, derart dreist und medienvermittelt den staatlichen Entscheidungsträgern zu drohen. Zur Entlastung konnten die Arbeitgeber wiederholt den Eindruck gewinnen, daß ihre lautstark vorgetragenen Einsprüche beim Bundeskanzler nicht ohne Wirkung blieben. Der schrieb seinem Kabinett eine „wirtschaftsfreundliche Politik“ ins Aufgabenheft. Damit, daß eine solche Richtlinienvorgabe den Abschied *Oskar Lafontaines* aus der Politik zur Folge haben könnte, hat er wohl nicht gerechnet. Die jubelnden Konzernchefs und die Börse haben bestätigt, daß die Bundesregierung erpreßbar ist.

„Wirtschaftsfreundliche Politik“ ist nicht zum Nulltarif zu haben. Soll mit dieser Formel die soziale Marktwirtschaft begraben werden? Es wäre verheerend, wenn die Devisen- und Aktienkurse der vorrangige Maßstab politischer Entscheidungen würden und nicht die Achtung der freiheitlichen und sozialen Menschenrechte. Ein solches Szenario mag überspitzt sein. Aber es ist dadurch veranlaßt, daß die Arbeitgeber innerhalb und außerhalb des Bündnisses zum wiederholten Mal jene Legenden auflegen können, daß die deutsche Wirtschaft als ganze unter einem beispiellosen Globalisierungsdruck stehe, daß ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährdet sei, daß die Lohnkosten in Deutschland zu hoch, die Arbeitszeit zu niedrig, die Abgaben- und Steuerlast unerträglich und der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar seien. Ihre Forderung, Sozialleistungen und Arbeitnehmerrechte auf den Prüfstand zu stellen, klingt wie der Versuch, das Bündnis für Arbeit ebenso wie die Energie-Konsensgespräche zu einer Waffe im Verteilungskampf zu machen.

Devisen- und Aktienkurse als Maßstab politischer Entscheidung?

Das Bündnis für Arbeit hat offene Flanken. Sie können durch zwei widersprüchliche Ereignisse veranschaulicht werden: Zum Jahresanfang 1999 versanken die Finanzmanager in einen wahren Begrüßungstaukel des Euro. Acht Tage später gab die Bundesanstalt für Arbeit bekannt, daß die Zahl der Arbeitslosen die Vier-Millionen-Marke wieder überschritten habe.

Das Bündnis für Arbeit beschäftigt sich mit einem *abgeleiteten Markt*. Nach allen bisherigen Erfahrungen wird der Arbeitsmarkt entlastet, wenn sich breit und anhaltend die Nachfrage auf den Gütermärkten belebt. Eine solche Nachfragebelebung, die durch Netto- und Erweiterungsinvestitionen angestoßen wird, die wiederum von Absatz- und Gewinnerwartungen der Unternehmen ausgelöst werden, sickert mit einiger Verzögerung auf den Arbeitsmarkt durch. Im Vertrauen auf solche Kreislaufzusammenhänge hatte Ludwig Erhard seinerzeit die Formel vom „Wohlstand für alle“ ge-

prägt. Er setzte auf kreditfinanzierte Netto-Investitionen, auf die Einstellung von Arbeitskräften und deren Entlohnung, auf die Produktion von Gütern, auf Massenkaukraft und steigenden Absatz, der den Unternehmern satte Gewinne versprach.

Warum erweisen sich die deutschen Unternehmer derzeit im Inland als „Investitionsmuffel“? Die Antwort darf nicht bei den individuellen Entscheidungen von Managern gesucht werden, sondern auf den Finanzmärkten: Seit Jahren verharren die Kapitalmarktzinsen auf einem höheren Niveau als die Wachstumsrate der Masseneinkommen. Damit wird die „Goldene Regel des Wachstums“ verletzt, nach der eine optimale wirtschaftliche Entwicklung gewährleistet ist, wenn die Kapitalmarktzinsen der Wachstumsrate des Sozialprodukts entsprechen. Beim gegenwärtigen Verhältnis von Kapitalmarktzins und Wachstumsrate, die als ein Indikator für durchschnittliche Gewinnerwartungen gelten kann, ist den Unternehmen kein Vorwurf zu machen, daß sie sich von ihrer Rolle als Investoren verabschieden und ihre liquiden Mittel auf den Finanzmärkten anlegen. Wer also anerkennt, daß auf den Finanzmärkten „die Musik spielt“, empfindet ein Bündnis für Arbeit, das sich ausschließlich auf den Arbeitsmarkt konzentriert, wie eine Operation „am Ende der Röhre“.

Auch die Banken gehören an den Tisch des Bündnisses für Arbeit

Zu den Glaubenssätzen der marktradikalen Dogmatik gehörte in den letzten zwei Jahrzehnten der Primat einer Geldpolitik, die sich ausschließlich an der *Inflationsbekämpfung* orientierte. Eine solche Option schafft zwei Konfliktfelder: Die Stabilisierung des Binnenwerts einer Währung erhöht regelmäßig den Druck zu einer Veränderung des Außenwertes, des Wechselkurses. Die konnte bisher unterschiedliche Produktivitäts- und Lohnsteigerungsraten in den Ländern Europas neutralisieren und damit Inflations- und Deflationsgefahren abwehren. Da mit der Einführung des Euro dieses Korrekturinstrument entfällt, könnte die Produktivitätsregel als Orientierungsmaß der Lohnfindung nicht nur in einer Richtung dienen, etwa zur Disziplinierung nach oben hin, um einen Inflationsdruck zu vermeiden, sondern auch in der anderen Richtung, nämlich um die abhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften zu ermutigen, die vorhandenen Verteilungsspielräume auszuschöpfen und damit zu verhindern, daß die Partnerländer sich in der Konkurrenz um möglichst niedrige Lohnstückkosten unterbieten und so das Euro-Gebiet in eine Deflations-Depressions-Spirale abrutschen lassen.

Ein zweiter Konflikt zwischen dem Ziel der Geldwertstabilität und denen des Wachstums und der Beschäftigung sowie ei-

ner fairen Verteilung des Volkseinkommens und -vermögens ist zu vermuten. Mit einer extrem restriktiven Geldpolitik die Inflationserwartungen der Tarifpartner zu brechen, gelingt offensichtlich nur unter Inkaufnahme erheblicher Beschäftigungsrisiken, die mehrmals in einen massiven Absturz der wirtschaftlichen Aktivitäten und in einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit ausgeüfert sind.

Um den programmierten Interessenkonflikt zwischen der Notenbank und den Gewerkschaften zu entschärfen, ist eine analytisch anspruchsvolle Klärung der für die Lohnfindung und Einkommensverteilung zentralen Fragen unverzichtbar: Wie beeinflussen die geldpolitischen Entscheidungen der Notenbank die Investitions-, Produktions- und Konsumentscheidungen der Wirtschaftssubjekte? Wie wirkt die geldpolitische Steuerung der Geldmarktzinsen auf die Kapitalmarktzinsen? Wodurch ist das Verschwinden der Inflation auf den Gütermärkten in den neunziger Jahren verursacht – durch die Geldpolitik der Zentralbanken, durch zurückhaltende Tarifabschlüsse und/oder durch ein verstärktes Interesse von Unternehmen und wohlhabenden Haushalten an Finanzspekulationen? Um auf dem Hintergrund derartiger Zusammenhänge eine beschäftigungsfreundliche Geldpolitik sicherzustellen, gehört das Bankensystem einschließlich der Zentralbank an den Tisch eines Bündnisses für Arbeit.

Kann das Bündnis für Arbeit zu einer innovativen Werkstatt werden, die neue Märkte erschließt, einen hohen Beschäftigungsgrad erreicht sowie eine demokratische Verteilung des wirtschaftlichen Reichtums sichert? Wachstum und Vollbeschäftigung um den Preis einer *Umweltzerstörung* sind kein vernünftiges Ziel eines Bündnisses für Arbeit. So gehört der vertretbare Umweltverbrauch und der eindeutige Gewinn an Lebensqualität in die Kosten/Nutzen-Analyse neugeschaffener Arbeits- und Ausbildungsplätze hinein. Wirtschaft und Gesellschaft sind Bestandteile des Ökosystems der Erde und müssen deshalb an die Regenerationsraten und Zeitrhythmen der ökologischen Systeme rückgebunden werden, nicht umgekehrt.

Nur diejenigen Wirtschafts- und Arbeitsformen lassen sich verantworten, die auf die ganze Welt und auf kommende Generationen übertragbar sind. Ein Zukunftsbündnis für Arbeit sollte politische Signale setzen, damit nachhaltige Formen der Energiegewinnung, der Verkehrssysteme, der Landwirtschaft und der Chemieindustrie begünstigt werden. Ergänzend zu einem solchen strukturellen Umbau kann eine ökologisch ausgerichtete Steuer- und Finanzreform treten. Vermutlich ist der Teilnehmerkreis des Bündnisses um ökologisch innovative Unternehmer und umweltpolitische Akteure zu erweitern.

Das offenkundige Männerbündnis für Arbeit läuft Gefahr, sich an der *sexistischen Arbeitsteilung* der Nachkriegszeit zu orientieren, die den Männern die entlohnte Erwerbsarbeit zuwies, den Frauen dagegen die private Erziehungsarbeit –

und zwar ohne ein Entgelt und mit einer nur abgeleiteten sozialen Sicherung. Die Frauen haben diese asymmetrische Arbeitsteilung längst aufgekündigt, ohne daß die Männer angemessen reagiert und die eigene Erwerbsarbeit relativiert hätten. Dabei gelten die Leitbilder der Frauenbewegung: „Gleichstellung und Autonomie“ sowohl für Frauen als auch für Männer.

Eine drastische Verkürzung der industriellen Erwerbsarbeit könnte den Männern den Teilausstieg aus der Erwerbsarbeit und eine höhere Lebensqualität bieten, den Frauen dagegen den vermehrten Einstieg in die Erwerbsarbeit erleichtern. Es ist also in einem zukunftsfähigen Bündnis für Arbeit nicht damit getan, die Erwerbsarbeit neu zu verteilen. Jede gesellschaftlich nützliche Arbeit – und zwar unabhängig davon, ob sie marktförmig organisiert ist oder nicht, ob sie bezahlt wird oder nicht, ist auf Männer und Frauen fair zu verteilen und zur Grundlage eines sozialen Sicherungsanspruchs zu machen. Das Risiko der Kindererziehung und nicht bloß (wie bisher) das Risiko des Alters und der Pflege muß vergesellschaftet werden.

So muß ein Leistungs- und Finanzierungsumbau der sozialen Sicherungssysteme die Erweiterung ihrer Finanzierung einschließen: Wenn der Anteil der Kapitaleinkommen am Volkseinkommen tendenziell steigt und der Anteil der Arbeitseinkommen tendenziell sinkt, müssen nicht nur die Einkommen der abhängig Beschäftigten, sondern die aller Erwerbstätigen, und nicht nur die Arbeitseinkommen, sondern alle im Unternehmen erwirtschafteten Einkommen daran beteiligt werden, die Sozialleistungen zu finanzieren. Künftig sollte das Bündnis um Gewerkschaften und Verbände mit höherem Frauenanteil bzw. Kontakten zur Frauenbewegung erweitert werden.

Im Bündnis für Arbeit wollen die Vertreter der Großkonzerne, der Exportwirtschaft und der Industrie, den Industriestandort Deutschland wettbewerbsfähig halten. Die reifen Industrieländer Westeuropas stehen jedoch an einer Wendemarke: Die industriellen Konsumgesellschaften verändern sich in kulturelle Dienstleistungs- und Erlebnisgesellschaften. In der Erziehung, im Gesundheitswesen, in der caritativen, therapeutischen und kommunikativen Beratung wird ein dringender gesellschaftlicher Bedarf festgestellt. Es käme darauf an, kleine und mittlere Unternehmen, die Inlandsnachfrage und das Angebot personennaher *qualifizierter Dienstleistungen* zu mobilisieren. In der Schule dürften nicht mehr die Qualifikationen der Industriewirtschaft, nämlich das Zählen, Wiegen und Messen die erste Rolle spielen, sondern die der Dienstleistungswirtschaft, das Helfen, Heilen, Begleiten und Spielen.

Die Wertschöpfung solcher Dienstleistungen darf allerdings nicht nach dem Maßstab der Produktivität gemessen werden, nur weil der sich in der Industrie bewährt hat. Die Zukunft der Arbeit in den reifen Industrieländern liegt ganz erheblich in den personennahen Dienstleistungen, die sich kombiniert

Neuerscheinungen

Rainer Kampling (Hrsg.)

„Nun steht aber diese Sache im Evangelium ...“

Zur Frage nach den Anfängen des christlichen Antijudaismus

1999. 320 Seiten, kart.
DM 88,-/öS 642,-/sFr 81,-
ISBN 3-506-74253-1

Thomas Wunsch

Konziliarismus in Polen

Personen, Politik und Programm aus Polen zur Verfassungsfrage der Kirche in der Zeit der mittelalterlichen Reformkonzilien

1998. LXXXVII + 405 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag,
DM 128,-/öS 934,-/sFr 117,80
ISBN 3-506-74727-4

Konrad Hilpert/Gotthold Hasenhüttl (Hrsg.)

Schöpfung und Selbstorganisation

Beiträge zum Gespräch zwischen Schöpfungstheologie und Naturwissenschaften

1999. 310 Seiten, kart.
DM 88,-/öS 642,-/sFr 81,-
ISBN 3-506-73751-1

Ursula Nothelle-Wildfeuer

Soziale Gerechtigkeit und Zivilgesellschaft

1999. 389 Seiten, kart.
DM 58,-/öS 432,-/sFr 53,50
ISBN 3-506-70242-4

Arthur F. Utz

Ethik des Gemeinwohls

Gesammelte Aufsätze 1983-1997

Herausgegeben von *Wolfgang Ockenfels* im Auftrag der Internationalen Stiftung Humanum

1998. 649 Seiten, Festeinband
DM 148,-/öS 1.080,-/sFr 136,30
ISBN 3-506-76185-4

Thomas Schnelzer

Archetyp und Offenbarung

Die Archetypenlehre C.G. Jungs im Rahmen von E. Drewermanns Offenbarungskonzeption

1999. II + 442 Seiten, kart.
DM 98,-/öS 715,-/sFr 90,-
ISBN 3-506-70199-1

Jan-Heiner Tück

Christologie und Theodizee bei

Johann Baptist Metz

Ambivalenz der Neuzeit im Licht der Gottesfrage

1999. 296 Seiten, kart.
DM 48,-/öS 350,-/sFr 44,30
ISBN 3-506-79160-5

Schöningh

Postfach 2540 • D-33055 Paderborn

marktförmig, gesellschaftlich und durch individuelle Vorlieben lenken lassen. Die unter dieser Rücksicht offenkundige Leerstelle im Bündnis für Arbeit sollte durch Gewerkschaften, Unternehmer und Verbände mit einem höheren Anteil an Dienstleistungen gefüllt werden.

Die Wirksamkeit des Bündnisses für Arbeit könnte auch durch ein Zusammenspiel politischer Akteure auf den verschiedenen Ebenen des Bundes, der Länder, der Regionen und der Gemeinden gesteigert werden. Zahlreich sind die Be-

lege, daß auf regionaler und lokaler Ebene der Problemdruck der Arbeitslosigkeit stärker empfunden und die kooperative Verantwortung etwa der Kammern, Arbeitsämter, Gewerkschaften, Betriebe, Unternehmen, Gebietskörperschaften und zivilgesellschaftlicher Akteure stärker als auf der nationalen Ebene wahrgenommen wird. Umgekehrt könnten die bereits existierenden Bündnisse für Arbeit in Ländern, Regionen und Gemeinden die Bereitschaft zur Kooperation auf der nationalen Ebene verstärken.

Friedhelm Hengsbach

Mythos, Symbol oder Person?

Der Teufel und die Macht des Bösen im Spiegel neuer Literatur

Es hätte der Neuausgabe des Rituals für den Exorzismus, die Ende Januar dieses Jahres in Rom vorgestellt wurde (vgl. ds. Heft, 166f.), nicht bedurft: Von Teufel, Satan, Luzifer und den Dämonen ist schon seit einiger Zeit wieder häufiger aus unterschiedlichsten Perspektiven die Rede. Wir stellen Neuerscheinungen über das personifizierte Böse vor.

Er schien hierzulande schon verabschiedet. Mit einem Plädoyer gegen den Glauben an seine Existenz hatte der damalige Tübinger Alttestamentler *Herbert Haag* dem Teufel 1969 bereits arg zugesetzt („Abschied vom Teufel. Vom christlichen Umgang mit dem Bösen“, 8., überarbeitete Auflage, Benziger, Einsiedeln 1990). Zwar gab es von seiten der Kirche wie der Theologie massive Kritik an der umfassenden Entmythologisierung der biblisch bezeugten Teufelsfigur – so beispielsweise durch Papst *Paul VI.* im Jahr 1972. Spätestens jedoch nach dem aufsehenerregenden „Fall Klingenberg“, als 1976 eine Studentin verstarb, die von Exorzisten behandelt wurde (vgl. HK, September 1976, 482; November 1976, 540 f.), verflüchtigte sich der Teufel sowohl aus den theologischen Traktaten wie aus dem allgemeinen Glaubensbewußtsein.

Seit einigen Jahren nun ist wieder häufiger vom Teufel die Rede, vielfach auch unter dem Stichwort *Satanismus*. Zwar sind Okkultismus und Satanismus, schwarze Messen und Teufelsanbetung – allem Anschein nach – mehr noch ein Phänomen der Medien als der Gesellschaft, bei dem der Reiz des Neuen und Verbotenen im Vordergrund steht (vgl. HK, März 1991, 120 ff.). Aber es fällt auf, daß es so etwas wie eine neue Lust am Bösen gibt, die mit Tabubrüchen bewußt zelebriert wird. Daß dies ein alles andere als harmloses Phänomen ist, zeigen die Verbrechen mit satanistischem Hintergrund. Ein solcher Fall liegt den Beiträgen des von *Franz Georg Friemel* und *Franz Schneider* herausgegebenen Bands

„Ich bin ein Kind der Hölle“. Nachdenken über den Teufel“ (*Benno*, Leipzig 1996) zugrunde: Im April 1993 wurde in Sondershausen (Thüringen) ein Schüler von bekennenden „Satanisten“ ermordet.

Weitere Praxisberichte, Einschätzungen der Szene, Hinweise zur Geschichte des Satanismus sowie zum Verhältnis von Satanismus und Rockmusik und Thesen zum Umgang mit dem Teufelskult finden sich in einem Themenheft der Linzer *Theologisch-praktischen Quartalschrift* mit dem Titel: „Rückkehr des Teufels?“ (Jg. 145, Heft 1 [1997]) und in einer Broschüre der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, verfaßt von *Hans-Jürgen Ruppert*: „Satanismus. Zwischen Religion und Kriminalität“ (EZW-Texte Nr. 140, Stuttgart 1998). Der Tenor dieser Publikationen lautet, daß man das Phänomen des Satanismus ernst nehmen, aber nicht überschätzen sollte.

Der Teufel im Vorderen Orient

Nicht zuletzt die Stilisierung einer teuflischen Gegenwelt in den Satanskulten, bei der vielfach auf Motive der Geistes- und Kulturgeschichte zurückgegriffen wird, dürfte jedoch mit dafür verantwortlich sein, daß es nach der Renaissance der Engel (vgl. HK, September 1994, 472 ff.) auch ein neues Interesse an gefallen Engeln, Dämonen und dem Teufel wie auch der Geschichte dieser „Person“ gibt (vgl. auch das